



**NUR 8% DER SCHÜLER IN BAYERN UNTER 18 JAHREN ENTSCHEIDEN**

**SICH FÜR AFD**

## **Indoktrination durch linksgrüne Lehrer wirkt: Grüne in U18-Wahl bei 23%!**

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Seit 1996 wird in Deutschland immer neun Tage vor jeder Wahl, egal ob für Landtag, Bundestag oder EU, eine [Testwahl für Schüler](#) unter 18 Jahren durchgeführt. In Bayern konnten am 5. Oktober 2018 alle Kinder und Jugendlichen in über 450 Wahllokalen ihre Stimme zur Landtagswahl abgeben. [Das Ergebnis](#) ist erschütternd: Die Grünen liegen mit 23,28% nur ganz knapp auf Platz zwei hinter der CSU, die auf 24,19% kommt. Die AfD ist mit mageren 8,27% weit abgeschlagen.

Dies ist nur mit der Indoktrination durch linksgrün eingestellte Lehrer zu erklären, deren Gedankengut sich im Zuge des Marsches der 68er durch die Institutionen auch in Schulen festgesetzt hat. Deren Nachkommen führen das zersetzende Werk ihrer Vorbilder fort und verstoßen mit ihrem geradezu fanatisch geführten „Kampf gegen Rechts“ klar gegen das vorgeschriebene Neutralitätsgebot für Lehrer.

Die AfD hat nun völlig zurecht reagiert, indem sie im Internet zunächst in Hamburg das Meldeportal „Neutrale Schule“ einrichtete, auf dem sich Schüler und ihre Eltern über Lehrer beschweren können, die Stimmung gegen die AfD betreiben. Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen wollen in Kürze nachziehen, auch Bayern, Bremen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sind in Vorbereitung.

In Baden-Württemberg wurde die Seite sofort von [Hacker-Angriffen attackiert](#) und zunächst lahmgelegt, die Piraten-Partei lud eine eigene Seite zum [Melden von AfD-Abgeordneten](#) hoch.

AFD-Bundesvorstandsmitglied Georg Pazderski erklärt [via Tagesschau](#):

*„Wir stellen fest, dass sich immer mehr Eltern und auch Schüler an uns wenden, die sagen, dass die AfD in den Schulen diskriminiert wird. Einzelne Lehrer machen Stimmung gegen die AfD.“* Durch das Portal hätte man die Chance, sich an die Schulen und Schulleitungen zu wenden, um dieser Diskriminierung entgegen zu treten. *„Lehrer müssen eine politische Bildung durchführen, aber immer diskriminierungsfrei über alle Parteien informieren. Das geschieht derzeit nicht.“*

Getroffene Hunde fangen nun laut das Bellen an. So beschwert sich die Vorsitzende der Deutsche Lehrgewerkschaft, Ilka Hoffmann, über „Denunzierung von Menschen mit anderen Meinungen“, als ob es kein Neutralitätsgebot für Lehrer gebe. Für solche Linksdrehende scheint es völlig normal zu sein, dass Lehrer den Schülern ihre persönliche Meinung eintrichtern.

Der Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, Helmut Holter – von 2009 bis 2016 übrigens Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern und 1985 bis 1987 an der Kommunisten-Parteischule in Moskau ausgebildet –

beschäftigte sich bereits mit einem Verbot der Portale, was aber leider „rechtlich schwierig“ sei. [PI meldete](#) am Freitag, dass seine Kultusministerkonferenz Auszeichnungen für Schüler im „Kampf gegen Rechts“ plant.

Uwe Göken, der die AfD als „rechtsextrem“ diffamierende Leiter einer Gesamtschule in Geilenkirchen nördlich von Aachen ([PI berichtete](#)), bezeichnet in der Tagesschau die Meldung von Verstößen als „reine Denunziation“, die man nur aus „totalitären Systemen“ kenne. Die AfD betreibe eine „Instrumentalisierung der Schüler für parteipolitische Ziele“. Göken ist überzeugt, dass er „genau das Richtige“ mache.

Bundesjustizministerin Katarina Barley spricht gar von [„organisierter Denunziation“](#), was „ein Mittel von Diktaturen“ sei. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Ulrich Silberbach, fordert die Ablehnung „eines solchen Prangers“. Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, empört sich über „Denunziation und Anschwärzen ohne jegliche Überprüfung des Inhalts“. Er ist allen Ernstes der Meinung, dass eine Lehrkraft „eine politische Meinung einbringen dürfe und solle“. Sabine Fleischmann, Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, beschwert sich über einen „Eingriff in die Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer“ und will ganz offen mit dem Neutralitätsgebot „aufräumen“.

Knapp 30 Jahre nach dem Ende der sozialistischen DDR-Diktatur müssen wir feststellen, dass wir uns auf schleichendem Wege mitten auf dem Weg in eine „DDR 2.0“ befinden. Kommunisten und ihre linkstickenden Gesinnungsgenossen haben sich überall in unserer Gesellschaft festgesetzt und sorgen für einen regelrechten Meinungsfaschismus. Die AfD und mit ihr die protestierenden demokratischen Bürgerbewegungen auf der Straße stellen nun eine längst überfällige korrigierende Kraft dar, damit in unserem Land endlich wieder überall demokratische Verhältnisse wiederhergestellt werden.